BFH-Leitsatz-Entscheidungen

1. **Grunderwerbsteuer: Bemessungsgrundlage bei Verlängerung eines Erbbaurechts**
Urteil vom 10.07.2024, Az: II R 3/22
2. **Grunderwerbsteuer: Bemessungsgrundlage bei Verlängerung eines Erbbaurechts**
Urteil vom 10.07.2024, Az: II R 36/23
3. **Erbschaftsteuer: Forderungsverzicht zwischen Gesellschaftern einer GmbH als freigebige Zuwendung**
Urteil vom 19.06.2024, Az: II R 40/21
4. **Gewerbsteuer: Versagung der erweiterten Kürzung im Organkreis beim „Weitervermietungsmodell“**
Urteil vom 19.06.2024, Az: II R 41/21
5. **Einkommensteuer: Steuerliche Entlastung alleinerziehender Eltern im paritätischen Wechselmodell**
Urteil vom 10.07.2024, Az: III R 1/22
6. **Gewerbsteuer: Rückwirkende Änderung des Gewerbeertrags ab 2009 ist verfassungsgemäß**
Urteil vom 07.08.2024, Az: IV R 22/23
7. **Einkommensteuer: Energetische Maßnahme nach § 35c EStG ist erst mit vollständiger Zahlung abgeschlossen**
Urteil vom 13.08.2024, Az: IX R 31/23
8. **DBA Schweiz: Besteuerungsrecht in der Freistellungsphase eines Arbeitsverhältnisses**
Urteil vom 01.08.2024, Az: VI R 23/22
9. **Europarecht: Ausnahmen vom Antidumpingzoll auf die Einfuhren bestimmter wesentlicher Fahrradteile aus China**
Vorlagebeschluss vom 14.05.2024, Az: VII R 1/22
10. **Verfahrensrecht: Einem Unternehmen "dienende" Gegenstände als Voraussetzung für die Haftung des Eigentümers für Steuern des Unternehmens**
Beschluss vom 06.08.2024, Az: VII R 25/21
11. **Verfahrensrecht: Erlass eines Duldungsbescheids nach Restschuldbefreiung des Steuerschuldners**
Urteil vom 06.08.2024, Az: VII R 32/22

Urteile und Beschlüsse:

1. Grunderwerbsteuer: Bemessungsgrundlage bei Verlängerung eines Erbbaurechts

Urteil vom 10.07.2024, Az: II R 3/22

Wird ein Erbbaurecht vor Ablauf der Laufzeit gegen Vereinbarung eines Erbbauzinses verlängert, ist Bemessungsgrundlage der Grunderwerbsteuer der kapitalisierte Erbbauzins für den Verlängerungszeitraum. Eine Abzinsung des Kapitalwerts auf den Zeitpunkt des Abschlusses der Vereinbarung über die Verlängerung des Erbbaurechts ist nicht vorzunehmen.

2. Grunderwerbsteuer: Bemessungsgrundlage bei Verlängerung eines Erbbaurechts

Urteil vom 10.07.2024, Az: II R 36/23

Wird ein Erbbaurecht vor Ablauf der Laufzeit gegen Vereinbarung eines Erbbauzinses verlängert, ist Bemessungsgrundlage der Grunderwerbsteuer der kapitalisierte Erbbauzins für den Verlängerungszeitraum. Eine Abzinsung des Kapitalwerts auf den Zeitpunkt des Abschlusses der Vereinbarung über die Verlängerung des Erbbaurechts ist nicht vorzunehmen.

Teilweise Parallelentscheidung zu BFH, Urteil vom 10.07.2024, Az. II R 3/22, Abruf-Nr. 244205.

3. Erbschaftsteuer: Forderungsverzicht zwischen Gesellschaftern einer GmbH als freigebige Zuwendung

Urteil vom 19.06.2024, Az: II R 40/21

Haben Gesellschafter einer GmbH wirksam vereinbart, dass Leistungen in die Kapitalrücklage gesellschafterbezogen zugeordnet werden, wird jedoch die Kapitalrücklage im Zusammenhang mit einer Kapitalerhöhung abweichend hiervon allen Gesellschaftern entsprechend ihren Beteiligungsquoten zugerechnet, kann der Verzicht auf einen angemessenen Wertausgleich durch den Gesellschafter, der die Leistungen erbracht hat, eine freigebige Zuwendung zugunsten der Mitgesellschafter darstellen.

4. Gewerbesteuer: Versagung der erweiterten Kürzung im Organkreis beim „Weitervermietungsmodell“

Urteil vom 19.06.2024, Az: II R 41/21

Haben Gesellschafter einer GmbH wirksam vereinbart, dass Leistungen in die Kapitalrücklage gesellschafterbezogen zugeordnet werden, wird jedoch die Kapitalrücklage im Zusammenhang mit einer Kapitalerhöhung abweichend hiervon allen Gesellschaftern entsprechend ihren Beteiligungsquoten zugerechnet, kann der Verzicht auf einen angemessenen Wertausgleich durch den Gesellschafter, der die Leistungen erbracht hat, eine freigebige Zuwendung zugunsten der Mitgesellschafter darstellen.

5. Einkommensteuer: Steuerliche Entlastung alleinerziehender Eltern im paritätischen Wechselmodell

Urteil vom 10.07.2024, Az: III R 1/22

1. Kinderbetreuungskosten können nur bei demjenigen steuermindernd als Sonderausgaben (§ 10 Abs. 1 Nr. 5 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes --EStG--) berücksichtigt werden, der sie getragen hat.

2. Die alleinige Zuordnung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende zu lediglich einem Elternteil verstößt auch im Falle des paritätischen Wechselmodells nicht gegen

Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetzes.

3. Bei nicht zusammen zur Einkommensteuer veranlagten Eltern wird im Rahmen der nach § 31 Satz 4 EStG durchzuführenden Günstigerrechnung bei jedem Elternteil der Kindergeldanspruch im Umfang des bei ihm zu berücksichtigenden Kinderfreibetrags angesetzt, unabhängig davon, ob der jeweilige Elternteil die tatsächliche Verfügungsmacht über das Kindergeld erlangt hat.

6. Gewerbesteuer: Rückwirkende Änderung des Gewerbeertrags ab 2009 ist verfassungsgemäß

Urteil vom 07.08.2024, Az: IV R 22/23

Die in § 36 Abs. 3 Satz 1 des Gewerbesteuergesetzes (GewStG) i.d.F. des Gesetzes zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften vom 12.12.2019 (WElektroMobFördG) angeordnete rückwirkende Geltung des § 7 Satz 3 GewStG i.d.F. des WElektroMobFördG ab dem Erhebungszeitraum 2009 verstößt nicht gegen das verfassungsrechtliche Rückwirkungsverbot (Art. 20 Abs. 3 des Grundgesetzes).

7. Einkommensteuer: Energetische Maßnahme nach § 35c EStG ist erst mit vollständiger Zahlung abgeschlossen

Urteil vom 13.08.2024, Az: IX R 31/23

Der Abschluss einer energetischen Maßnahme im Sinne des § 35c des Einkommensteuergesetzes liegt nicht bereits mit deren Fertigstellung, sondern erst mit der vollständigen Zahlung des Rechnungsbetrags auf das Konto des Erbringers der Leistung vor.

8. DBA Schweiz: Besteuerungsrecht in der Freistellungsphase eines Arbeitsverhältnisses

Urteil vom 01.08.2024, Az: VI R 23/22

Während des Zeitraums, in dem ein bis zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses sowohl im Ansässigkeitsstaat Bundesrepublik Deutschland als auch in der Schweizerischen Eidgenossenschaft tätiger Arbeitnehmer unwiderruflich von der Pflicht zur Arbeitsleistung unter Fortzahlung des Arbeitsentgelts freigestellt wird, steht das Besteuerungsrecht für die Einkünfte aus unselbständiger Arbeit nach Art. 15 Abs. 1 Satz 1 DBA-Schweiz 1971/2010 ausschließlich dem Ansässigkeitsstaat zu.

9. Europarecht: Ausnahmen vom Antidumpingzoll auf die Einfuhren bestimmter wesentlicher Fahrradteile aus China

Vorlagebeschluss vom 14.05.2024, Az: VII R 1/22

1. Ist Art. 14 Buchst. c der Verordnung (EG) Nr. 88/97 der Kommission vom 20.01.1997 betreffend die Genehmigung der Befreiung der Einfuhren bestimmter Fahrradteile mit Ursprung in der Volksrepublik China von dem mit der Verordnung (EWG) Nr. 2474/93 eingeführten und mit der Verordnung (EG) Nr. 71/97 des Rates ausgeweiteten Antidumpingzoll --VO 88/97-- (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 1997, Nr. L 17, 17) dahingehend auszulegen, dass diese Befreiung vom ausgeweiteten Antidumpingzoll in derselben Bewilligung einer Endverwendung im Sinne von Art. 254 des Zollkodex der Union mit den anderen Befreiungen nach Art. 14 Buchst. a und/oder b VO 88/97 kombiniert werden darf?

2. Kann Art. 14 Buchst. c VO 88/97 dahingehend ausgelegt werden, dass in der Bewilligung pro Kunde monatlich weniger als 300 Stück eines bestimmten wesentlichen Fahrradteils vom ausgeweiteten Antidumpingzoll befreit werden können?

3. Handelt es sich bei der in Art. 14 Buchst. c VO 88/97 genannten Menge von monatlich weniger als 300 Stück um eine Freigrenze mit der Folge, dass die Befreiung vom ausgeweiteten Antidumpingzoll insgesamt entfällt, wenn eine Partei mehr als 299 Stück monatlich anmeldet oder weiterliefert, oder um eine Freimenge, bei der unabhängig von deren Überschreitung jedenfalls 299 Stück antidumpingzollfrei bleiben?

10. Verfahrensrecht: Einem Unternehmen "dienende" Gegenstände als Voraussetzung für die Haftung des Eigentümers für Steuern des Unternehmens

Beschluss vom 06.08.2024, Az: VII R 25/21

1. Dem Unternehmen dienende Gegenstände im Sinne von § 74 Abs. 1 Satz 1 der Abgabenordnung sind solche, die für die Führung des Betriebs und die Erzielung steuerbarer Umsätze von wesentlicher Bedeutung sind.

2. Für das Kriterium der wesentlichen Bedeutung der Gegenstände für die Führung des Betriebs und die Erzielung steuerbarer Umsätze sind keine weiteren Voraussetzungen --etwa Gewinnerzielung-- oder Anforderungen an die Art der betrieblichen Verwendung der Gegenstände zu verlangen. Vielmehr sind die Gründe für die wesentliche Bedeutung unerheblich.

11. Verfahrensrecht: Erlass eines Duldungsbescheids nach Restschuldbefreiung des Steuerschuldners

Urteil vom 06.08.2024, Az: VII R 32/22

1. Ein Duldungsbescheid erledigt sich, wenn die dem Bescheid zugrunde liegenden Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis durch Zahlung eines Dritten erlöschen. Eine gegen den Duldungsbescheid gerichtete Anfechtungsklage ist dann mangels Rechtsschutzbedürfnisses unzulässig.

2. Nach der Erledigung besteht ein berechtigtes Interesse im Sinne des § 100 Abs. 1 Satz 4 der Finanzgerichtsordnung an der Feststellung der Rechtswidrigkeit des angefochtenen Duldungsbescheids, wenn eine Rückgewähr der Zahlung des Dritten begehrt wird.

3. Die Pflicht zur Duldung der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen nach § 191 Abs. 1 Satz 1 Alternative 2 i.V.m. § 323 der Abgabenordnung entfällt nicht dadurch, dass dem Schuldner die Restschuldbefreiung nach § 300 Abs. 1 der Insolvenzordnung gewährt worden ist.